

# Linke Liste Wiesbaden



## Soziales Wiesbaden

**Soziales Wiesbaden heißt:  
Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur  
unserer Stadt – gleicher Zugang für alle  
zu diesen Einrichtungen.**

Sozialpolitik in dieser Stadt muss nach Auffassung der Linken Liste Wiesbaden zum Inhalt haben:

- Umfang und Qualität der durch städtische Einrichtungen und freie Träger erbrachten sozialen Leistungen bleiben erhalten und werden weiter ausgebaut.
- Insbesondere Menschen mit geringem Einkommen – vor allem Familien – ist die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Kultur, Bildung, Sport, Freizeit, ÖPNV) der Stadt zu ermöglichen.
- Gebühren, Beiträge und Entgelte für die Inanspruchnahme von Leistungen sind sozial gerecht zu gestalten.
- Entsprechende finanzielle Mittel sind im Haushalt der Stadt vorzuhalten, Kürzungen bei diesen Mitteln und unsoziale Gebührenanhebungen darf es nicht geben.

**Deshalb hat sich die Linke Liste Wiesbaden vor allem bei den folgenden sozialpolitischen Themen engagiert und die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Gruppen wie dem Sozialforum Wiesbaden gesucht:**



## 1. Verhinderung von sozialer Ausgrenzung

Wenn auch soziale Ausgrenzung und wachsende Armut in unserer Stadt vor allem fremdverschuldet sind, nämlich durch entsprechende gesetzliche Regelungen auf Bundes- und Landesebene, so entbindet dies die politisch Verantwortlichen in dieser Stadt nicht, einen eigenständigen Beitrag zur Verbesserung der Situation zu leisten. Deshalb hat die Fraktion der LiLi versucht, z.B. mit Fragen nach dem Umfang der Ausgabe von verbilligten Monatskarten für Sozialhilfeempfänger/innen oder zur Entwicklung der Anträge auf „Hilfe zum Lebensunterhalt“ und „Hilfe in besonderen Lebenslagen“, sichtbar zu machen, wie viele Menschen in Wiesbaden von Ausgrenzung bedroht sind, wenn die Stadt nicht mit eigenen Mitteln und Maßnahmen gegensteuert. Die LiLi wird sich auch zukünftig für den Erhalt solcher freiwilligen Leistungen der Stadt einsetzen.

Die Zuspitzung der Situation für Menschen mit geringem Einkommen („Gesundheitsreform“, Hartz IV etc.) erfordert, dass über Maßnahmen zur Minderung der negativen Folgen immer wieder nachgedacht werden muss. Die Fraktion schlug daher im Sommer 2004 u.a. vor, Bund und Länder aufzufordern, die Praxisgebühren und die Zuzahlung für Medikamente für Empfänger/innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zurückzunehmen. Sofern dies nicht geschieht, soll die Landesregierung aufgefordert werden, die Praxisgebühren und die Belastungshöchstgrenze für Zuzahlungen in die ab 1. Januar 2005 gültigen Regelsätze

aufzunehmen. Für Empfänger/innen von laufenden Hilfen zum Lebensunterhalt sollte die Stadt zumindest für 2004 die Praxisgebühren und die Zuzahlungen bis zur Belastungshöchstgrenze übernehmen. Sozialdezernent Hessenauer (SPD) lehnte dies ab: Die Stadt könne sich die rückwirkende Übernahme nicht leisten. Konkrete Aussagen über die Kosten machte er jedoch nicht. CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und REP folgten dieser Einschätzung des Dezernenten und lehnten den Antrag ab.

## **2. Sicherung und Ausbau von Qualitätsstandards und Leistungsumfang**

Eine Senkung von Qualitätsstandards in Sozial-, Kinder und Jugendeinrichtungen darf es nicht geben.

Das betrifft etwa die Erhöhung der Gruppenstärke in Kindergärten, auch nicht, um „vorübergehende“ Engpässe bei der Platzbereitstellung auszugleichen. Entsprechende Vorschläge des Sozialdezernats hat die Fraktion Linke Liste darum abgelehnt. Ziel städtischer Politik muss es sein, die Betreuungsangebote für Kinder so auszuweiten, dass eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere für Frauen und Alleinerziehende, real möglich ist. Das wäre auch ein konkreter Beitrag, um das Armutsrisiko für diese Bevölkerungsgruppe zu senken. Die im Flächennutzungsplan der Stadt Wiesbaden verankerten Versorgungsziele von



20 Prozent für die Ganztagsbetreuung der Kinder bis zum Alter von drei Jahren und von 25 Prozent für die Tagesbetreuung von Grundschulern zwischen dem 6. und 12. Lebensjahr entsprechen der oben genannten Zielstellung nur unzureichend.

Das bedeutet aber auch, dass nicht noch mehr städtische Einrichtungen der Gesundheits- und Seniorenbetreuung privatisiert werden dürfen. Oft genug verschlechtert sich dadurch die Lebenssituation der Betroffenen. Als negatives Beispiel dafür steht das ehemalige städtische Dekan-Bangert-Altenheim in AKK. Die Fraktion Linke Liste beantragte in der Stadtverordnetenversammlung einen Akteneinsichtsausschuss, um mehr Licht in die Vorgänge um die Schließung des Dekan-Bangert-Altenheims zu bringen. Insbesondere die Entwicklung der Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen und die Bildung bzw. Verwendung von Rücklagen sollte damit geklärt werden. Rechtsdezernent Grella (CDU) aber stellte das Recht auf Akteneinsicht des Stadtparlaments mit dem Hinweis auf die „privatwirtschaftliche Form“ der „Alten- und Pflegeheim AKK gGmbH“ in Frage.

Privatisierungen führen nach Auffassung der LiLi mittel- und langfristig auch zur Demotivierung des Personals und damit zu sinkendem Engagement für die Betreuten. Weiter verschlechtern sie die soziale Lage (geringere Einkommen und andere Leistungen) der in diesen Bereichen Beschäftigten (vor allem Frauen). Daher haben wir u.a. auch als einzige Fraktion einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Privatisierung des Reinigungsbereiches in den Horst-Schmidt-Kliniken unterstützt.



### **3. Bezahlbarkeit von kommunale Leistungen**

Die Linke Liste Wiesbaden hat Anträge ins Stadtparlament eingebracht, damit

- die Gebührenregelung für städtische KiTas so geändert wird, dass kinderreiche Familien (mit drei oder mehr Kindern) von der Zahlung der Kindertagesstättegebühren befreit sind,
- in der Stadtbibliothek die Gebühren für die Ausstellung eines Ausweises und für Mahnungen gesenkt werden,
- die Eintrittspreise für Kinder und Jugendliche in Hallen- und Freibädern und auf der Henkell-Kunsteisbahn im Rahmen der DM-Euro-Umstellung nicht erhöht werden.

Diese Anträge fanden, angesichts der Zusammensetzung des Stadtparlamentes auch weiter nicht verwunderlich, keine Mehrheit.

Die Linke Liste lehnte den Antrag der Stadtverwaltung zur Erhöhung des Eintrittspreises für „Folklore im Garten“ ab.

### **4. Unterstützung der im Sozialbereich engagierten Vereine und Initiativen**

Die Linke Liste Wiesbaden und ihre Fraktion waren Teile des Hessischen Bündnisses gegen den Sozialkahltschlag, das sich gegen die Kürzung von Landesfördermitteln für soziale und kulturelle Einrichtungen gewehrt hat. Die Fraktion forderte alle Stadtverordneten Wiesbadens in einem Antrag auf, sich gegen diese Kürzung der Zuschüsse auszusprechen. In namentlicher Abstimmung stimmten die Vertreter von CDU, FDP, REP und der Exrepublikaner Hirzel dagegen.

In einem weiteren Antrag forderte die Fraktion Linke Liste Wiesbaden den Magistrat auf, den Verein „Soziale Hilfe e.V.“ auch nach dem 31.12.2004 weiter zu fördern. In jährlich etwa 3.000 Beratungen hatte dieser beispielsweise Missverständnisse zwischen Sozialverwaltung und deren Klienten klären können sowie Präventionsarbeit bei drohender Wohnungslosigkeit, Räumungsklagen, Arbeitsplatzverlust, Trennung, Verschuldung etc. geleistet.

An einem konstruktiven Versuch, die fundierten Kenntnisse der im Verein Engagierten auch zukünftig zu nutzen, zeigten weder der Sozialdezernent der Stadt Wiesbaden noch die Mehrheit der Stadtverordneten Interesse.

## **5. Haushaltsmittel für den Sozialbereich haben Priorität**

Die Fraktion Linke Liste Wiesbaden hat sich ausgehend von den Beratungen zum Doppelhaushalt 2002/2003 konsequent dafür eingesetzt, dass der städtische Haushalt nicht zu Lasten sozial Schwacher, von Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien konsolidiert werden darf. Die LiLi hat auch entsprechende Vorschläge des Landesrechnungshofes, der hessische Großstädte daraufhin überprüft hatte, als unakzeptabel abgelehnt. Die Forderung, die „Verweildauer in der Sozialhilfe zu verkürzen“ (15 Mio Euro „Reduzierungspotential“ laut Prüfung), ist eine Verhöhnung von sozialhilfeberechtigten Familien: Denn ein Großteil der Bezieher/innen hat beispielsweise überhaupt keine Chance, in Wiesbaden seine Kinder ganztags betreuen zu lassen, um so den Lebensunterhalt selbständig zu erarbeiten.

Für unverantwortlich hält die LiLi Leistungskürzungen in jenen Bereichen, die für die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt von wesentlicher Bedeutung sind, nämlich bei der Kinderbetreuung und Kindererziehung. Hier entscheidet sich, welche Lebensqualität Wiesbaden für junge Familien bieten kann und wie Kinder auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet werden – auch Kinder, deren Eltern kein hohes Einkommen haben. Horrorpläne bei der Kinderbetreuung wie „Gruppengröße erhöhen“, „Entgelt heraufsetzen“, „Hortangebot reduzieren“ sowie „Zuwendungen pro Gruppe verringern“ dürfen nicht einmal in Ansätzen umgesetzt werden.

Vielmehr fordert die Linke Liste Wiesbaden: Über die Erhöhung der Steuern für große Firmen und Immobilienbesitzer, also durch die Verbesserung der Einnahmenseite des Haushaltes kann und muss ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erfolgen.

Bei den Beratungen zum Haushalt 2004/2005 hat die Fraktion Linke Liste Wiesbaden u.a. gefordert:

- Rücknahme der Mittelkürzungen bei der Jugend- und Schulsozialarbeit.
- Keine Kürzung der Zuschüsse für Vereine, Initiativen und Projekte.
- Keine Reduzierung der Mittel für die Betreuung und Instandsetzung von Kinderspielplätzen.
- Erhöhung der Mittel für die Sanierung und den Neubau von Kitas und Kinderspielplätzen.



Die Fraktion Linke Liste Wiesbaden hat immer wieder verdeutlicht, dass sich die Steuer- und Sozialpolitik des Bundes und des Landes Hessen auch auf Wiesbaden meist ungünstig oder sogar katastrophal ausgewirkt hat.

Die finanzielle Situation der Landeshauptstadt ist aber nicht ausschließlich von anderen verursacht. Deshalb hat die LiLi insbesondere zu den Haushaltsberatungen immer wieder die Anhebung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer auf das Niveau von 2001 gefordert.

Wären im Jahre 2005 diese Hebesätze noch gültig gewesen, verfügte die Landeshauptstadt Wiesbaden über Mehreinnahmen von 8 Mio Euro.

## **Aktionen, Anträge und Anfragen der Linken Liste**

### **Anträge zur Stadtverordnetenversammlung**

|                |  |
|----------------|--|
| März 2005      | Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zur Lage der „Alten- und Pflegeheim AKK gGmbH“ und der „Altenhilfe Wiesbaden GmbH“ |
| September 2004 | Weitere finanzielle Förderung des Vereins „Soziale Hilfe e.V.“   |
| Juni 2004      | Maßnahmen gegen die unsozialen Folgen der „Gesundheitsreform“  |
| Oktober 2003   | Kürzungen von Landesmitteln im Sozialbereich   |

## **Aktionen, Anträge und Anfragen der Linken Liste**

|                                  |   |
|----------------------------------|---|
| Mai 2003                         | Konsequenzen für die öffentlich geförderten Einrichtungen aus der Kürzung von Zuwendungen und Umstellung auf Projektförderung |
| November 2002                    | Jugendleitercard – Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit durch Vergünstigungen, die die Stadt Wiesbaden gewährt                |
| April 2002                       | Nutzungsentgelte in Euro für Einrichtungen des Sportamtes ab 1. Januar 2002   |
| August 2001                      | Gebührensenkung bei Stadtbibliothek und Stadtarchiv   |
| August 2001                      | Verkaufsoffene Sonntage ablehnen  |
| <b>Anfragen an den Magistrat</b> |   |
| April 2005                       | Stellenentwicklung in der Fasanerie   |
| Oktober 2004                     | Anträge auf „Hilfe zum Lebensunterhalt“ und „Hilfe in besonderen Lebenslagen“   |
| Mai 2003                         | Nutzung des Bundesprogramms „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ in Wiesbaden   |
| Dezember 2003                    | Nutzung des Bundesprogramms „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ in Wiesbaden   |
| Januar 2003                      | Monatskarte SozialhilfeempfängerInnen   |
| Januar 2002                      | Qualifikationsstruktur alleinerziehender SozialhilfeempfängerInnen  |
| Juli 2001                        | Fehlbelegungsabgabe und Wiesbadener Mietspiegel - Entwicklung und Handhabung  |

### **Wie erreichen Sie die Fraktion?**

Rathaus, Zi. 314; Telefon (0611) 315426, Fax (0611) 315917,  
E-Mail: [lili.fraktion@wiesbaden.de](mailto:lili.fraktion@wiesbaden.de)

### **Wann sind wir erreichbar?**

Mo, Di, Mi, Do: 10–13 Uhr; Mo, Di, Do: 16–18 Uhr; Freitag 9–11 Uhr

Unsere Postanschrift: 65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Presserechtlich verantwortlich: Dr. Gottfried Schmidt – Eigendruck